



Generalsekretariat VBS
Sicherheitspolitik
Schwanengasse 2
3003 Bern

Zürich, 25. Februar 2016 HW/SSD/NP/ps

Vernehmlassung Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Dachverbände der jüdischen Gemeinden der Schweiz bezwecken wir die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der hier ansässigen Juden. Zu unseren wichtigsten Anliegen gehören die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft der Schweiz und deren Institutionen sowie die Prävention von Antisemitismus und antisemitisch motivierter Gewalt.

Juden und jüdische Institutionen gerieten in den vergangenen Jahrzehnten weltweit regelmässig in den Fokus terroristischer Gruppierungen. In den letzten Jahren hat sich die Situation noch zugespitzt: Jüdische Personen und Einrichtungen wurden vermehrt von Terroristen angegriffen, beispielsweise in Frankreich, Dänemark und Belgien.

Die jüdischen Gemeinden der Schweiz sind seit Jahren gezwungen, zum Schutz ihrer Mitglieder Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und grosse Summen in die Sicherheit zu investieren. Nach den Terrorangriffen in mehreren europäischen Ländern hat sich der Aufwand noch einmal erhöht. Auch wenn die hiesige jüdische Gemeinschaft bisher vor terroristischen Angriffen verschont geblieben ist, sind Juden auch in unserem Land körperlich angegriffen und Synagogen beschädigt worden. Terroristische oder extremistische Attacken können in Zukunft in der Schweiz nicht ausgeschlossen werden.

Aus diesen Gründen erlauben wir uns, uns an der Vernehmlassung zum Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz zu beteiligen. Wir bitten Sie, uns in Zukunft bei Vernehmlassungen zu sicherheitspolitischen Themen miteinzubeziehen.

Der Entwurf zum Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Obwohl er zeigt, dass in der Schweiz das Bewusstsein für die derzeit grösste Bedrohung, den dschihadistisch motivierten Terrorismus, gestiegen ist, sind wir der Meinung, dass der Berichtsentwurf folgende Aspekte im Bereich Terrorismus und Gewaltextremismus nicht genügend berücksichtigt:

1. Die Erfahrung der letzten Jahre im nahen Ausland zeigt, dass Juden und jüdische Einrichtungen zu den am stärksten gefährdeten Zielen gehören. Trotzdem werden Juden und jüdische Einrichtungen im Berichtsentwurf nicht als besonders gefährdete Ziele aufgeführt. Wir sind der Meinung, dass dies geändert werden muss und dass die Sicherheitspolitik der Schweiz ihrer Schutzpflicht gegenüber der jüdischen Bevölkerung gezielter nachkommen muss.

2. Positiv ist, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen und auch zwischen den Kantonen besser geregelt wird und Bemühungen unternommen worden sind, um die Koordination – im politischen und im operativen Bereich - zu verbessern. Wir begrüßen deshalb die Bemühungen, alle Ebenen im Sicherheitsverbund Schweiz miteinzubeziehen. Ebenso begrüßen wir die Schaffung von spezifischen Gruppen wie der Task Force Tetra. Wir sind jedoch überzeugt, dass die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen und Behörden gerade im Gebiet von Terrorismus und Gewaltextremismus verstärkt werden muss und kann.
3. Im Entwurf wird auf die Selbstradikalisierung sowie auf dschihadistische Heimkehrer aufmerksam gemacht. Diese Heimkehrer stellen auch in unseren Augen eine wachsende Gefahr für die Schweiz dar. Es ist deshalb wichtig, dass Empfehlungen der Task Force Tetra umgesetzt und laufend angepasst werden und in den sicherheitspolitischen Bericht einfließen.
4. Besonders grossen Handlungsbedarf sehen wir im Monitoring, insbesondere im Internet, welches immer stärker an Bedeutung in der Früherkennung und Bekämpfung von terroristischen Gefahren gewinnt. Die diesbezüglichen Empfehlungen der Task Force Tetra müssen umgesetzt und das Monitoring ausgebaut werden. Wir sind der Meinung, dass dafür den beteiligten Diensten, so dem NDB und der nationalen Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität Kobik, mehr finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen und dass der sicherheitspolitische Bericht auch den finanziellen und personellen Bedürfnissen Rechnung tragen muss.
5. Grundsätzlich möchten wir darauf hinweisen, dass eine nachhaltige, umfassende Sicherheitspolitik auch darauf abzielen muss, Gefahren möglichst früh vorzubeugen. Dies beginnt bereits in der Schule, wo darauf hingearbeitet werden muss, dass die Schüler möglichst resistent gegen extremistisches und diskriminierendes Gedankengut werden.

Abschliessend möchten wir darauf hinweisen, dass im Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten vom 1. Februar 1995 die staatliche Schutzpflicht gegenüber Personen, die den nationalen Minderheiten angehören, betont und besondere Massnahmen zu deren Schutz hervorgehoben werden. Dies ist auch auf die jüdische Minderheit und deren Einrichtungen in der Schweiz anzuwenden.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Herbert Winter
Präsident SIG



Sabine Simkhovitch-Dreyfus
Vizepräsidentin SIG



Nicole Poëll
Präsidentin PLJS